

Befehlende oder beratende Bildungsbehörde?

Baselbiet | Bei den kantonalen Abstimmungen vom 10. Juni steht die Zukunft des Bildungsrats im Zentrum

Soll im Baselbiet der Bildungsrat mit seinen weitreichenden Befugnissen abgeschafft und durch einen Beirat ersetzt werden? Entscheidet zukünftig ein Fachgremium oder die Politik? Diese Fragen muss das Stimmvolk am 10. Juni beantworten.

Geht es nach dem Willen der Landratsmehrheit, so wird anstelle des Bildungsrats in Zukunft die Regierung über Stundentafeln und Lehrpläne entscheiden. Für Lehrmittel und Leistungsmessungen wäre Geschwinds Bildungs-, Kultur- und Sportdirektion (BKSD) zuständig. Ein Beirat Bildung ersetzt dann den Bildungsrat. Dem neuen Gremium wird daher nur noch eine beratende Rolle zugestanden.

Beinahe-Patt im Parlament

Das Parlament hat die Änderungen des Bildungsgesetzes mit 43 zu 40 Stimmen gutgeheissen. Für die Abschaffung des Bildungsrats sprachen sich SVP und FDP aus. Sie argumentierten damals, dass der Bildungsrat seine Entscheide zu langsam treffe; diese seien zudem nicht anfechtbar. Gegen die Änderungen waren SP, Grüne/EVP sowie CVP/BDP. Die Bildungslandschaft brauche eine Konstante und Planungssicherheit, hielten sie, letztlich erfolglos, dagegen. Die GLP/G-U war gespalten. Diese Ausgangslage führte zu einem Beinahe-Patt.

Auf Antrag der FDP wurde der Landratsbeschluss in zweiter Lesung umbenannt. Statt «Abschaffung des Bildungsrats» heisst es im Titel nun «Mitwirkung im Bildungswesen: Schaffung des Beirats Bildung». Unterstützt wurde der Antrag von der SVP sowie von GLP/G-U. Die weiteren Fraktionen bezeichneten diese Umbenennung als «Bubentrickli», um das Stimmvolk zu täuschen.

Wenn die Vorlage auch beim Volk Gefallen findet, so beschliesst im Baselbiet ab Schuljahr 2019/20 die Regierung über Stundentafeln und Lehrpläne. Für Lehrmittel und Leistungsmessungen wäre zudem die Bildungs-, Kultur- und Sportdirektion (BKSD) zuständig. Dem vom Parlament gewählten Beirat mit Mitgliedern aus den Bereichen Bildung, Wirtschaft und Kultur sowie der Vorsteherin oder dem Vorsteher der BKSD kommt nur noch eine beratende Rolle zu. In erster Lesung hatte der Landrat die Mitgliederzahl des Beirats von zehn auf elf Personen erhöht. Damit soll auch die Konferenz der



Bild Archiv vs

Wer soll in Bildungsfragen zukünftig das Sagen haben?

Schulleiterinnen und Schulleiter ein Vorschlagsrecht für ein Mitglied erhalten.

Über den Bildungsrat und dessen Kompetenzen wird im Baselbiet seit Jahren gestritten: 2011 hatte das Stimmvolk eine Mitsprache des Landrats bei der Einführung von Stundentafeln und Lehrplänen abgelehnt. 2016 wurde an der Urne eine Änderung des Bildungsgesetzes verworfen, welche die Kompetenz über die Einführung des umstrittenen Lehrplans 21 vom Bildungsrat an den Landrat übertragen wollte. Die jüngste Vorlage zur Abschaffung des Bildungsrats geht auf eine FDP-Motion zurück, die der Landrat 2016 überwiesen hatte. Der Bildungsrat besteht im Kanton Basel-Landschaft seit 2002. Er entstand aus dem Zusammenschluss des Erziehungsrats und des Berufsbildungsrats.

Drei weitere Vorlagen

Die Stimmberechtigten entscheiden zudem über die umformulierte Volksinitiative «Stopp der Überforderung von Schülern: Eine Fremdsprache auf der Primarstufe genügt». Sie verlangt,

dass auf Primarstufe künftig nur noch Französisch als Fremdsprache unterrichtet und die zweite Fremdsprache erst auf der Sekundarstufe I eingeführt wird. Zudem kommt der vom Landrat verabschiedete Gegenvorschlag zur inzwischen zurückgezogenen Initiative «Ja zu Lehrplänen mit klar definierten Stoffinhalten und Themen» an die Urne.

Abgestimmt wird schliesslich über die Aufhebung der Obergrenze für Baugesuchsgebühren, die der Landrat im November beschlossen hat. Jeder solle für den entstehenden Aufwand bezahlen, argumentierten Befürworter im Parlament. Auswirkungen hätte die Anpassung auf jährlich fünf bis acht von rund 2000 Baugesuchen.

Meinungen folgen

vs. Leserbrief zu den insgesamt sechs Vorlagen, über die wir am 10. Juni an der Urne zu befinden haben, erscheinen in einer der nächsten Ausgaben der «Volksstimme».

Jürg Gohl

Die Baselbieter Stimmberechtigten müssen bis zum 10. Juni ihre Meinung zu drei Bildungsfragen und zu einer Vorlage zu den Baugesuchen finden. An diesem Tag gelangen gleich vier kantonale Vorlagen (neben zwei eidgenössischen, nämlich dem umstrittenen Geldspielgesetz und der chancenlosen Vollgeld-Initiative) zur Abstimmung. Doch keine Frage wird so heiss diskutiert wie die Zukunft des Bildungsrats. Einmal mehr nehmen die bürgerlichen Parteien einen Anlauf, das Fachgremium abzuschaffen, es durch einen Beirat Bildung zu ersetzen und damit dem Parlament die Entscheidungsbefugnis zu überlassen. Knapp hatte der Landrat am 8. Februar dieses Jahres dem Vorschlag der freisinnigen Bildungsdirektorin Monica Geschwind zugestimmt. Weil damit die erforderliche Vierfünftelmehrheit verpasst wurde, kommt es zum Urnengang.



DARUM STIMME ICH JA

Bildungsqualität sichern

Stefan Degen, Landrat FDP, Gelterkinden

Plötzlich sprechen die Gegner des neuen Beirats Bildung von Demokratie. Für manche klingt das irritierend, und das ist auch beabsichtigt. Sie sprechen davon, dass es undemokratisch sei, wenn die Bildungsdirektion im Rahmen des Gesetzes abschliessend entscheide. Umgekehrt muss gefragt werden: Was ist denn demokratisch?

Ist der heutige Bildungsrat demokratisch? Keiner traut sich, dieses Gremium als Legislative oder Exekutive zu bezeichnen. Denn der heutige Bildungsrat ist eine Mischung aus beiden sowie der souveränen Gewalt. Exekutiv-Macht besteht etwa durch das Recht, mittels Stundentafel direkt auf den Schulbetrieb Einfluss zu nehmen. Legislative Macht hat dieser Rat etwa durch das Recht, allgemeingültige Entscheide zu treffen. Und normalerweise ist dem Stimmvolk das Recht vorbehalten, Entscheide definitiv zu fällen. Dies ist ein demokratiepolitisches No-Go: Demokratische Gewaltentrennung bedeutet, dass die Gewalten eben getrennt sind.

In keinem anderen Bereich gibt es eine solche Konstellation. Man stelle sich einen Polizeirat vor, der über den Auftrag unserer Ordnungskräfte entscheiden könnte. Oder einen Gesundheitsrat, der endgültig definiert, welche Leistungen des Gesundheitswesens die Allgemeinheit tragen muss. Sicherheit und Gesundheit, die, wohlgerne, ebenfalls wichtige Aufgaben unseres Staatswesens sind.



Insbesondere der quasi «gesetzgebende» Anspruch des Bildungsrats stösst auf grosses Unverständnis. Gesetzgeber wie der Landrat debattieren normalerweise in der Öffentlichkeit. Der Bildungsrat hingegen verhandelt hinter verschlossenen Türen. Die Gegner des neuen Beirats führen die Wichtigkeit der Bildung ins Feld. Diese wollen wir Befürworter unterstreichen. Gerade als Wirtschaftsvertreter ist uns klar, von welchem unschätzbarem Wert gute Bildung ist. Genau hier stehen wir aber im Baselbiet vor weiteren Problemen. Besonders bei uns stellen die Lehrbetriebe fest, dass aufgrund der – trotz Volks-Nein indirekt eingeführten – Sammelfächer und diverser Lehrmittelentscheide die Schulabgänger und damit die Lernenden in der Baselbieter Wirtschaft deutlich schlechter abschneiden als Jugendliche mit ähnlichen Noten im gleichen Alter aus anderen Kantonen. Der Bildungsrat betreibt immer mehr Experimente auf zweifelhaften Grundlagen und entfernt sich so von den Standards, die allgemein als Erfolg versprechend gelten. Lehrbetriebe klagen indes, dass ihre Lehrlinge kaum einen Dreisatz lösen können. Die Folgen für die Zukunft werden wir erst noch zu spüren bekommen.

Mit den vorliegenden Argumenten geht es nicht um die Qualität der Lehrpersonen. Die Baselbieter Lehrpersonen sind fachlich ausgezeichnet und leisten einen wichtigen Einsatz. Es ist hier wie bei jedem Beruf: Es ist einfacher, die Leistung mit schlechten Rahmenbedingungen zu schmälern als mit guten zu verbessern. Darum kümmern wir uns am 10. Juni um bessere Rahmenbedingungen und schaffen den Beirat Bildung mit der notwendigen Kompetenz in Sachfragen. Der Bildung, der Demokratie und der nächsten Generation zuleibe.

DARUM STIMME ICH NEIN

Undemokratische Dunkelkammer?

Andrea Heger, Landrätin EVP, Hölstein

Ich schätze die derzeit dreibeinig abgestützte Bildungspolitik. Dazu gehören Landrat, Bildungsdirektion und Stimmvolk. Der Bildungsrat ist ein breit abgestütztes Gremium mit drei Vertretungen aus den verschiedenen Schulstufen, je zwei von Personal- und Wirtschaftsverbänden und der beratenden Stimme der Landeskirchen. Bis zur gesetzlich festgeschriebenen Höchstzahl können weitere Personen Einsitz nehmen. Zurzeit stellen die fünf grössten Parteien je eine Person. Um weiteren Bildungsbeteiligten den Zugang zu ermöglichen – was ich begrüsse – könnte man Letzteres jedoch leicht ändern.

Der Bildungsrat setzt sich unabhängig von politischen Machtverhältnissen tiefgründig und mit breitem Horizont mit Bildungsthemen auseinander. Er nimmt zu Bildungsfragen Stellung und beschliesst Stufenlehrpläne, Stundentafeln und Lehrmittel. Hier setzt die vorliegende Gesetzesänderung an. Sie formt den Bildungsrat zum Beigemüde Beirat um, raubt ihm seine Kompetenz und schenkt diese stattdessen der Regierung und dem Landrat zu. Das gefährdet Kontinuität und Stabilität in der Bildungssteuerung. Der dreibeinige Hocker wird zum Zweibeiner und schwankt je nach politischer Zusammensetzung in laufenden Amtsperioden hin und her.

Der Ursprung der Gesetzesrevision liegt bei Landräten, die mehr mitbestimmen möchten. Sie machen



den Bildungsrat für aktuelle Zustände, die nicht nach ihrem Gusto sind, verantwortlich. Dabei unterschlagen sie, dass der Bildungsrat keinesfalls selbstherrlich waltet und schaltet. Er muss sich an Vorgaben von Regierung, Landrat und Volk, zum Beispiel dem Beitritt zum Konkordat über die Schulharmonisierung oder die beschlossenen Fremdsprachen, halten. Der Landrat bringt Bildungsprojekte mit Unterstützung oder Verweigerung der nötigen Finanzen zum Fliegen oder zur Revision zurück in den Hangar.

Gegner des Bildungsrats sagen, dieser sei undemokratisch. Mitnichten, wird er doch via vom Volk gewähltem Landrat eingesetzt. Analog läuft es auf Bundesebene beim Bundesrat. Weiter heisst es, der Bildungsrat gleiche einer Dunkelkammer. Dem halte ich entgegen, dass heutzutage keine der bestehenden regierungsrätlichen Kommissionen (was der Beirat würde) so offen mit Medienmitteilungen und einsehbarsten Traktandenlisten kommuniziert wie der Bildungsrat. Zudem sind alle Anspruchsgruppen über eine Vertretung auf dem Laufenden. Einige Parteien sollten besser bei ihrer internen Kommunikation ansetzen, anstatt das ganze Gremium abzustrafen.

Das Wegfallen von politischen Vertretungen im Beirat würde zu weiterer Zunahme von Bildungsdiskussionen im Landrat führen. Doch das ist der falsche Ort für Detaildiskussionen. Dazu hat der Landrat weder Zeit noch Kompetenzen. Seine Aufgabe ist das Setzen von Leitplanken. Das sieht das Volk ebenso und hat dem Bildungsrat in den letzten elf Jahren, letztmals 2016, dreimal den Rücken gestärkt. Doch das demokratische Ohr gewisser Kreise scheint taub – brüllen Sie daher am 10. Juni noch lauter Nein zur Abschaffung des Bildungsrats und somit Nein zum Beirat Bildung!